Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

Verkehrspolitische Positionen der Parteien und Kandidaten

Wie schon 2014 stellt die Wendeschleife auch 2020 einige ausgewählte Positionen kandidierender Listen und Personen zur Kommunalwahl vor. Im Folgenden finden Sie einige Anmerkungen zur Methodik sowie zu den Ergebnissen.

Zielsetzung, Aufbau und Durchführung der Umfrage

Die Umfrage wurde im Januar 2020 unter den Kandidatinnen und Kandidaten für Stadtrat und Bürgermeisteramt durchgeführt. Dazu wurden Listen und Parteien angeschrieben, die bereits im Stadtrat vertreten sind und in der Vergangenheit Stellung zu VCD-Positionen bezogen haben. Insgesamt stellten wir 10 Fragen, davon 8, die mit Ja oder Nein zu beantworten waren und 2 offene Fragen.
Die Zielsetzung war, zu überprüfen, inwieweit die Kandidatinnen und Kandidaten mit Positionen des VCD übereinstimmen. Wir wollen den Lesern der Wendeschleife damit keine Wahlempfehlung geben, sondern Transparenz schaffen.
Geantwortet haben Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Verena Osgyan), ÖDP (Inga Hager und Heinrich Ott; unabhängig voneinander, aber mit für unsere Fragestellungen identische Positionen), CSU (Marcus König), FDP (Ümit Sormaz), SPD (Thorsten Brehm), Die Guten (Stefan Kick), Die Linke (Titus Schüller), sowie Linke Liste (Marion Padua).

Stellungnahmen zu unseren Fragen

Die acht Ja/Nein-Fragen wurden von allen Teilnehmern bearbeitet. Etliche haben ihre Position noch um zusätzlich Antworten ergänzt. Die beiden Freitextantworten 9 und 10 wurden nur von der FDP nicht beantwortet. Die vollständigen Antworten werden auf der Website des VCD veröffentlicht (s. Infokasten).

Frage 1: „Stadt der Klimagerechtigkeit“

Fragestellung: Nürnberg ist eine „Stadt der Menschenrechte“. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Nürnberg auch eine „Stadt der Klimagerechtigkeit“ wird? Auch wenn dies bedeutet, dass der Autoverkehr Fahrspuren zugunsten umweltverträglicher Verkehrsmittel abgeben muss?
Position des VCD: Ja

Von acht Parteien stimmen sechs mit der Position des VCD überein. Marcus König, Oberbürgermeisterkandidat der CSU, enthält sich einer klaren Position: Er unterstützt, dass die Stadt ihre Verantwortung wahrnimmt, sieht aber keinen „direkten Zusammenhang zwischen Fahrspurreduzierungen für Autos und einer *Stadt der Klimagerechtigkeit“.* Ümit Sormaz von der FDP antwortet mit Nein: „Natürlich darf weder der Autoverkehr noch der

Fahrradverkehr eingeschränkt werden“ und „[d]as Fahrradfahren als Menschenrecht zu klassifizieren steht mir nicht zu.“

Verena Osgyan, Oberbürgermeisterkandidaten der Grünen, liefert zusätzlich einen konkreten Vorschlag für die Finanzierung der Klimagerechtigkeit: Die „Stadt Nürnberg [sollte] zusätzlich zu allen Anstrengungen zum klimaneutralen Umbau der Stadtverwaltung einen städtischen Klimaschutzfonds mit einem Volumen von 150 Mio. € aufsetzen, aus dem [die] Fördermaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger, die lokale Wirtschaft und Anreizmaßnahmen für eine klimaschonende Mobilitätsoffensive gezahlt werden.“

Frage 2: Ausbau des Frankenschnellwegs

Fragestellung: Befürworten Sie den Ausbau des Frankenschnellwegs zur Stadtautobahn? Obwohl dies auch nach offiziellen Prognosen mit noch mehr Autoverkehr verbunden wäre, die finanziellen Risiken unkalkulierbar sind und das Projekt keinesfalls vor 2030 fertiggestellt werden kann?
Position des VCD: Nein

Die Grünen, die ÖDP, die Guten, DIE LINKE und Die linke Liste lehnen wie der VCD einen Ausbau des Frankenschnellwegs ab. Die GRÜNEN und DIE LINKE sprechen sich an dieser Stelle ausdrücklich dafür aus, die Mittel für die Verkehrswende umzuwidmen - im Fall der Grünen käme das Geld dem oben erwähnten kommunalen Klimaschutzfonds zu Gute.
Die beiden anderen Parteien befürworten den Ausbau des Frankenschnellwegs.
Ümit Sormaz (FDP) sieht keine finanziellen Probleme: „Der Ausbau ist finanziell überschaubar”. Auch Marcus König (CSU) unterstützt das Projekt: „Sowohl ich persönlich als auch die CSU stehen zum kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs. Finanzielle Risiken bei Großprojekten – so z.B. auch bei einer künftigen Opernhaussanierung – bestehen immer.“ Thorsten Brehm (SPD) sieht ökologische Vorteile: “Stadtteile können durch den geplanten „Deckel“ zusammenwachsen und darauf kann auch mehr Grün in der Stadt entstehen.”

Frage 3: Frankenboulevard statt -schnellweg

Fragestellung: Es gibt Konzepte von Studierenden des Masterstudiengangs Architektur der Technischen Hochschule Nürnberg, wie der Frankenschnellweg in einen städtischen Boulevard umgebaut werden könnte. In Ludwigshafen wird ein vergleichbares Projekt realisiert, dort wird eine Hochstraße zurückgebaut. Wären Sie bereit, eine Machbarkeitsstudie zu diesen Vorschlägen zu unterstützen sowie einen daran anschließenden städtebaulichen Wettbewerb?
Position des VCD: Ja

Auch hier befürworten alle Parteien außer CSU, SPD und FDP den Ansatz des VCD. Marion Padua, die Oberbürgermeisterkandidatin der Linken Liste, weist an dieser Stelle darauf hin, dass sie „durch einen Stadtratsantrag bewirkt [habe], dass [Alternativpläne] im Verkehrsausschuss behandelt werden mussten. Leider haben vor allem SPD-CSU eine genauere Prüfung abgelehnt.” Throsten Brehm (SPD) dazu: “Die Planungen für den Frankenschnellweg sind abgeschlossen.”

Frage 4: Nachtflugverbot

Fragestellung: Unterstützen Sie ein striktes Nachtflugverbot zwischen 23 Uhr und 5 Uhr am Nürnberger Flughafen?
Position des VCD: Ja (wobei „strikt“ natürlich nicht heißt, dass es keine Notlandungen geben darf)

Auch unsere Frage zum Nachtflugverbot findet breite Zustimmung unter den Parteien. Die Grünen, Die Guten, Die LINKE, Die linke Liste und die ÖDP sprechen sich dafür aus, CSU und FDP dagegen. Die SPD strebt nach Angaben von Thorsten Brehm die “weitere Reduzierung von Nachtflügen” an.

Frage 5: Straßenbahn in der Sebalder Altstadt

Fragestellung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Wahlperiode eine Straßenbahnstrecke durch die Sebalder Altstadt errichtet wird?
Position des VCD: Ja

Bis auf die CSU wollen sich alle UmfrageteilnehmerInnen für den Bau einer Straßenbahnstrecke durch die Sebalder Altstadt einsetzen, die SPD enthält sich einer klaren Antwort. Sowohl Die Linke als auch Die Linke Liste setzten sich hierfür schon länger aktiv im Stadtrat ein. Die Grünen plädieren dafür, die Altstadtquerung nicht isoliert zu betrachten, sondern im Kontext des allgemeinen Netzausbaus.

Frage 6: 365-Euro-Ticket

Fragestellung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Wahlperiode für die Städte Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach ein „365-Euro-Ticket für Alle“ eingeführt wird?
Position des VCD: Ja

Das Thema 365-Euro-Ticket ist bei einigen Parteien bereits ein zentrales Thema. So setzt sich u. a. Die Linke Liste seit Jahren intensiv dafür ein und DIE LINKE hat bereits in einem ersten Schritt ein Bürgerbegehren für das Stadtgebiet Nürnberg gestartet. „Ein solches Bürgerbegehren ist leider nur innerhalb einer Stadt durchführbar. Jedoch streben wir ein solches Ticket und langfristig einen kostenfreien Nahverkehr für den Gesamtraum an“, erklärt Titus Schüller, Oberbürgermeister-Kandidat DIE LINKE. Neben der Linken und der Linken Liste weist auch Verena Osgyan (Die Grünen) explizit auf das Wiener Modell hin. Für eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNVs fordert sie darüber hinaus „den für München anvisierten Zuschuss von jährlich 35 Mio. € auch für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg.“

Sowohl Heinrich Ott von der ÖDP als auch Marion Padua von der Linken Liste machen neben allem Zuspruch darauf aufmerksam, dass auf jeden Fall erst sorgfältig differenziert werden muss, um keine Bevölkerungsgruppen zu benachteiligen. Thorsten brehem (SPD): “Wir möchten ein 30-Euro-Monatsticket für alle einführen.”

Gegen ein 365-Euro-Ticket sprechen sich FDP und Die Guten aus. Stefan Kick (Die Guten): „eine deutliche Unterdeckung des ÖPNV-Etats führt in NBG fast zwangsläufig (chronisches Haushaltsdefizit!) zu Kürzungen an den ÖPNV-Leistungen“.

Frage 7: Fußgänger zuerst

Fragestellung: Lebensqualität in der Stadt hängt von der Straßengestaltung ab. Straßen sind immer auch Lebensraum. Wir brauchen attraktive und sichere Wege vor allem auch für Fußgänger. Werden Sie einen Schwerpunkt „Fußgänger zuerst" unterstützen? Beispielsweise eine Initiative für ausreichend breite und nicht von parkenden Autos verschmälerte Gehwege, die es erlauben, bequem nebeneinander zu laufen?
Position des VDC: Ja

Bis auf die FDP stimmen alle Parteien zu, dass auch das Wohl der FußgängerInnen mehr in den Fokus rücken muss. Ümit Sormaz (FDP), der als Erster Vorsitzender des Bürgerverein Nürnberg Süd die Parksituation in der Südstadt kennen dürfte, sieht keinen Handlungsbedarf: „*Fußgänger zuerst* klingt für mich einseitig wie ein Slogan von Donald Trump. [...] Eine Initiative gegen parkende Autos halte ich für genauso einseitig."

Frage 8: Ausbau der Radwege

Fragestellung: Dem Radverkehr in Nürnberg fehlen durchgehend gut befahrbare Routen. Bestehende Verbindungen werden durch gefährliche Lücken unterbrochen und bilden kein Netz. Werden Sie unterstützen, dass in der nächsten Wahlperiode ein Grundnetz verknüpfter guter Vorrangrouten entsteht, das dann in den Folgejahren konsequent weiter ausgebaut wird?
Position des VCD: Ja

Das Thema Radweg-Ausbau findet bei den Umfrage-TeilnehmerInnen volle Zustimmung. Alle Parteien antworten mit Ja. Vor allem die Grünen sehen dringenden Handlungsbedarf beim Radwegeausbau, „daher wollen [wir] den Radwegeetat **sofort** auf 10 Millionen Euro jährlich erhöhen und mindestens zwei Planstellen in der Verwaltung schaffen, damit die Mittel auch verplant werden können." Auch DIE LINKE macht sich sehr detaillierte Gedanken zum Thema, in ihrem Wahlprogramm hat die Partei dazu einen sehr ausführlichen Katalog ausgearbeitet.

Frage 9 (frei): Klimaziele

Fragestellung: Welche Ziele setzen Sie sich in Bezug auf Luftqualität, Lärmminderung, Klimaschutz, Flächenverbrauch und Verkehrssicherheit für die nächste Wahlperiode?

Die meisten UmfrageteilnehmerInnen haben die freie Antwortmöglichkeit bei Frage 9 und 10 genutzt, um ihre vorherigen Positionen zu vertiefen und/oder ihre Programmschwerpunkte zum Thema Umwelt- und Klimaschutz zu verdeutlichen. Wir fassen hier die zahlreichen Punkte zusammen:

Die Linke Liste präsentiert an dieser Stelle ein sehr breit aufgestelltes ökologisches Programm, das in weiten Teilen den VCD-Positionen entspricht. Die Linke geht noch einen Schritt weiter und möchte den Klimanotstand erweitern: „Wir fordern, dass Nürnberg den gesamtökologischen Notstand ausruft. Nicht nur der Klimawandel, auch das Artensterben und die Belastung unserer Umwelt durch Schadstoffe haben katastrophale Ausmaße angenommen [...]." Dazu fordert sowohl Titus Schüller (DIE LINKE) als auch Heinrich Ott (ÖDP) generell Tempo 30 in der Stadt. Während sich *Die Guten* als Maßnahmen besonders

den Rückbau von Parkplätzen und die Förderung für Lastenräder hervorhebt, nimmt sich die CSU in Sachen Klima vor allem vor, die „Grenzwerte an den Nürnberger Messstationen“ nicht zu überschreiten. Die Grünen, die zu den Fragen 1 bis 8 schon äußerst umfangreiche Erläuterungen hinzugefügt haben, bringen ihr Programm hier noch einmal prägnant auf den Punkt: „Unser Schlüsselprojekt hier lautet: „Wir gestalten die Mobilitätswende!“

Frage 10 (frei): Flächenaufteilung

Welche Verteilung der Verkehrsarten Fußgänger, Radfahrer, Öffentlicher Nahverkehr und motorisierter Individualverkehr möchten Sie in Nürnberg zum Ende der nächsten Wahlperiode erreichen? Mit welchen Maßnahmen soll dies geschehen?

2016 betrug der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in Nürnberg ca. 43%, ÖPNV 22%, Rad 13%, Fußgänger 22% (Quelle: Stadt Nürnberg).

Die zentralen Schlagworte, hinter denen die Grünen stehen, sind „Umverteilung des Straßenraumes zu Gunsten des Umweltverbundes“, als mittelfristige Ziele geben sie die „autofreie Altstadt“ und „das obsolet machen eines relevanten Teils des motorisierten Individualverkehrs zugunsten des Umweltverbunds“ an. Auch die Guten wünschen sich eine autofreie Innenstadt.
Marion Padua (Die Linke Liste): „Andere Großstädte (Wien, Kopenhagen, Tallinn) habe zum Teil in mehrjährigen Projekten den MIV-Anteil halbiert, das könnte auch ein Ziel für Nürnberg sein.”
Marcus König (CSU) einen „Ausbau des U-Bahnnetzes“ als passende Maßnahme der besseren Flächennutzung an. Zahlreiche Gutachten, teilweise angestoßen durch die CSU, belegen allerdings, dass ein weiterer Ausbau des Nürnberger U-Bahn-Netzes nicht mehr möglich ist. Die Kosten stehen hier in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen. Eine weitere Idee der Union: die „Einrichtung von ÖPNV-nahen Quartiersparkhäusern mit Mobilitätsstationen für Car-Sharing und Fahrradverleih“.
Sowohl CSU, ÖDP als auch Die Linken haben viele detaillierte Vorschläge zur Begrünung der Stadt, z.B. in Bezug auf Fassaden- und Dachbegrünung. Die konkretesten Ideen legen Die Linken vor.
Thorsten Brehm (SPD) nimmt keine Stellung zur Flächennutzung, spricht aber von den Förderungen für verschiedene Verkehrsteilnehmer: “Wir werden neue ÖPNV-Strecken bauen, Takte verdichten und ein 30-Euro-Monatsticket einführen. Die Mittel für den Radverkehr werden wir auf 10 Millionen Euro jährlich aufstocken.”
Beide Kandidaten der ÖDP nehmen umfassend Stellung zur Verteilung der Verkehrsflächen, einem Schwerpunkt des ÖDP-Programms. Ein wichtiger Teilbereich ist die Umwidmung von Parkflächen. Die Kandidatin Inga Hager dazu: „Dazu würde ich z.B. vier Jahre lang jährlich 20% der Parkplätze für andere Nutzung umwidmen.“ Und: „Im übrigen Stadtgebiet sollen auch zunehmend autofreie ‘Wohninseln’ umgesetzt werden. Am Rande der Wohninseln gibt es je ein Parkhaus.”

Auswertung

Die Übereinstimmung der Kandidierenden mit VCD-Positionen (Fragen 1-8) ist, wie zu erwarten war, recht unterschiedlich. Ohne dies als eine Wahlempfehlung verstehen zu wollen, ist die Deckung mit den Grünen, der Linken, der Linken Liste und der ÖDP am höchsten: nämlich bei 100%. Die Guten kommen auf 88% Übereinstimmung, die SPD auf 50%, die Union auf 38% und die FDP auf 25%.
Zur generellen Zustimmungsfähigkeit der VCD-Forderungen: Am wenigstens polarisierte die Forderung nach Ausbau der Radwege (Frage 8) – alle Parteien stimmten zu. Auch der Formel “Fußgänger zuerst” (Frage 7) widersetzt sich nur die FDP. Fragen 2, 3 und 4 waren jeweils bei fünf Parteien zustimmungsfähig, die Fragen 1 und 5 bei sechs Parteien.

Fazit

Die Kommunalwahl ist einerseits die Wahl mit dem direktesten Einfluss auf das tägliche, lokale Umfeld. Andererseits ist sie durch das komplexe Wahlverfahren auch eine der Wahlen mit dem meisten Gestaltungsspielraum für den Wähler: Panaschieren und Kumulieren ermöglichen eine sehr detaillierte Verteilung der Stimmen.
Es bietet sich daher an, sich im Vorfeld des Wahlgangs oder über den Briefwahlunterlagen genaue Gedanken zu machen – sowohl über die Positionen der Listen wie auch einzelner Kandidatinnen und Kandidaten.

Autoren: Sabine Landes, Dennis Schmolk
Fragen: Bernd Baudler, Ralf Altenberger, Berthold Söder, Karsten Liebster, Sabine Landes, Dennis Schmolk
Unterstützung: Hans Luntz, David Pérez-Cerezo Flohr und Weitere